

SOFORTPROGRAMM DER UNION

Entlastungen für Familien und Wirtschaft

Der unter Druck stehende Kanzlerkandidat der Union hat ein Sofortprogramm mit vielen Wahlversprechen präsentiert - darunter auch sehr kostspielige.

Daniel Delhaes, Martin Greive, Jan Hildebrand, Silke Kersting Berlin

Der Kanzlerkandidat der Union, Armin Laschet (CDU), will mit einem "Sofortprogramm" in der heißen Phase des Wahlkampfs punkten. Es besteht aus sechs "Paketen" für die Bereiche Familie, Sicherheit, Beschleunigung, Klimaschutz, Entlastung und Mittelstand, die nach der am 26. September stattfindenden Wahl so schnell wie möglich umgesetzt werden sollen.

"Wir wollen unser Land gestärkt aus der Krise führen", heißt es in dem Programm. Es enthält neben bekannten Positionen aus dem Wahlprogramm von CDU und CSU auch einige neue Versprechen. Der wegen historisch schlechter Umfragewerte unter Druck stehende CDU-Chef stellte das vierseitige Papier am Montag im Anschluss an Beratungen der Führungsspitze seiner Partei vor.

Aus Sicht von SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz ist das Sofortprogramm mit heißer Nadel gestrickt. "Ich glaube, dass es nichts hilft, wenn jetzt jeden Tag neue hektische Programme vorgestellt werden", sagte Scholz am Rande eines Besuchs beim Deutschen Gewerkschaftsbund. "Es geht um eine große Zukunft für unser Land, das kann man sich nicht mal nebenbei ausdenken."

Die Entlastung von Familien nimmt im Sofortprogramm viel Platz ein. Aber auch für Unternehmen, Hausbesitzer und Studenten verspricht die Union neue Leistungen. Das Handelsblatt gibt einen Überblick über die Maßnahmen: **Entlastungspaket** Unter dem Schlagwort "Entlastungspaket" verspricht die Union drei konkrete Maßnahmen. Um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten, soll der Arbeitnehmerpauschbetrag, den Steuerzahler geltend machen können, auf 1250 Euro steigen. Arbeitnehmer müssen bis zu dieser Grenze ihre Werbungskosten nicht einzeln nachweisen, die Steuerlast sinkt für alle entsprechend. Schon im Entwurf des Wahlprogramms hatten CDU und CSU diese Maßnahme stehen - sie dann aber im finalen Programm gestrichen. Zur Begründung hieß es damals, es sei wegen der angespannten Finanzlage nicht alles finanzierbar.

Im Sofortprogramm steht nun trotzdem eine Reihe von Entlastungen. Wie viele Milliarden die Maßnahmen den Fiskus kosten würden, blieb offen. Klar ist: Es sind sehr kostspielige Versprechen.

Damit Schüler, Studenten und Nebenjobber mehr Geld im Portemonnaie haben, will die Union die Minijobgrenze sofort von 450 auf 550 Euro im Monat erhöhen. Die Pendlerpauschale soll großzügiger ausgestaltet werden, damit Mobilität im ländlichen Raum bezahlbar bleibt.

Unternehmen verspricht die Union: "Mit uns wird es keine Steuererhöhungen geben." Bei den Sozialversicherungsbeiträgen wollen CDU und CSU eine stärkere Belastung vermeiden. Die sogenannte Sozialgarantie, welche die Bundesregierung für diese Legislaturperiode gegeben hat, soll verlängert werden. "Wir sorgen dafür, dass die Lohnzusatzkosten stabil bei maximal 40 Prozent bleiben", heißt es. Die Sozialbeiträge wurden in der Coronakrise bei 40 Prozent gedeckelt, um Arbeitgeber nicht über höhere Lohnzusatzkosten zu belasten. Dieser Deckel gilt nur bis Ende des Jahres und konnte nur mit höheren Steuerzuschüssen an die Sozialversicherungen gehalten werden.

Die SPD kritisiert die Versprechen der Union. "Unterm Strich bleibt von den Steuerplänen Laschets ein milliardenschweres Minus im Bundeshaushalt, der sich mit keiner noch so kreativen Rechenkunst vereinbaren lässt", sagte Fraktionsvize Achim Post.

Familienpaket Über ein "Familienpaket" will die Union Familien unterstützen. Wie schon 2017 sollen Kindergeld und Steuerfreibetrag für Kinder steigen, und zwar auf den Grundfreibetrag von Erwachsenen in Höhe von 9744 Euro. Der sogenannte Entlastungsbetrag, der die Steuerlast für Alleinerziehende mindert, soll von rund 4000 auf 5000 Euro erhöht werden. Auch sollen Kinderbetreuungskosten bis zu einer Höhe von 6000 Euro vollständig abzugsfähig von der Steuer sein. Den Erwerb von Wohneigentum will die Union erleichtern: "Wir werden den Ländern ermöglichen, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 100.000 Euro pro Kind beim erstmaligen Erwerb selbst genutzten Wohnraums zu gewähren." Bisher gibt es keine Freibeträge in der Grunderwerbsteuer. Weil die Preise für Immobilien immer stärker steigen und die Bundesländer die Grunderwerbsteuer stark angehoben haben, sind die eigenen vier Wände für viele Familien unerschwinglich geworden.

Um Mieter zu entlasten, soll das Wohngeld signifikant steigen, "damit Familien mit kleinen Einkommen überall ihre Mieten bezahlen können". Zudem verspricht die Union mehr Hilfe für pflegende Angehörige. "Wir werden den Eigenanteil von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen bei stationärer Pflege und im Pflegeheim auf 700 Euro deckeln", heißt es im Sofortprogramm.

Klimaschutzpaket Laschet schlägt ein "Klimaschutzpaket" mit zwei Elementen vor. Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO₂ - Reduktion sollen steuerlich besser abgesetzt werden können. Eine Ankündigung, die Unternehmen freuen dürfte, aber nicht leicht umzusetzen ist, weil dazu nachgewiesen werden müsste, welche Investitionen konkret zu weniger CO₂ - Ausstoß beitragen.

Ähnlich nebulös bleibt die Ankündigung, eine "Transformationsallianz" schaffen zu wollen, "um gemeinsam mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Umweltverbänden den Weg zum klimaneutralen Industrieland zu gehen". Vor einigen Wochen hatte Laschet bereits einen neuen "Gesellschaftsvertrag" angemahnt angesichts der vielen nötigen Veränderungen. Es dürften nicht weiter "Partikularinteressen dominieren", sagte er. "Das Klimathema wird das dominierende sein." Es gelte, das "Kunststück" zu vollbringen, die Klimaziele zu erreichen, ohne dass die Gesellschaft darüber auseinanderbreche.

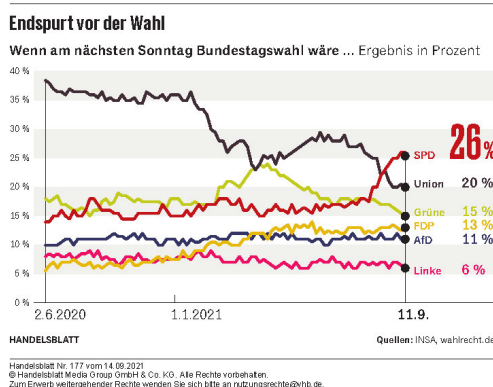
Zweite Sofortmaßnahme ist ein "Deutschland-Dach-Programm". Für diese Idee hatte die Union bereits Ende August in einem 15-Punkte-Plan geworben. "Jeder muss ein Solardach bekommen können", heißt es in dem Papier. Über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) soll jeder Eigentümer ein zinsloses Darlehen für ein Solardach erhalten. "Unser Ziel sind 1,5 Millionen neue Solardächer in den kommenden vier Jahren", heißt es im Wahlprogramm. "Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard machen."

Im Wahlkampfendspurt reagiert die Union auch auf den Umstand, dass der CO₂ - Preis in den kommenden Jahren kontinuierlich steigen wird. "Wir werden die Pendlerpauschale dynamisieren", heißt es im Sofortprogramm. Laschet greift damit einen Vorschlag von CSU-Chef Markus Söder auf. "Wir brauchen pro zehn Cent höheren Spritpreis einen Cent mehr Pendlerpauschale als Ausgleich für die ländlichen Räume", hatte Söder gesagt.

Planungsbeschleunigung Um Stromnetze, aber auch Investitionen in nachhaltige Produktionen und Produktionsstandorte schneller zu genehmigen, wirbt die Union in ihrem Sofortprogramm nun für "Fast-Track-Genehmigungsverfahren" - ein Begriff, den Tesla mit Gründer Elon Musk im Frühjahr geprägt hatte, als der Bau der Fabrik in Grünheide bei Berlin ins Stocken geraten war. Damals hatte Tesla gefordert, für "nachhaltige Projekte" Umweltgenehmigungen leichter zu erteilen und auch bei Raumordnungsverfahren zügiger zu genehmigen, indem etwa ein Fabrikbau als "nicht relevant" gewertet wird.

Bei seinem Besuch der Baustelle im August hatte Laschet ebenfalls dafür geworben, dass solche Projekte schneller genehmigt werden. "Wir brauchen nicht weniger Bürgerbeteiligung, sondern eine bessere und frühzeitigere. Das hilft, Fehlentwicklungen zu identifizieren, rechtswidrige Planungen zu korrigieren und bessere Zulassungsentscheidungen zu generieren", sagte indes Dirk Jansen, Geschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) in Nordrhein-Westfalen.

*Delhaes, Daniel
Greive, Martin
Hildebrand, Jan
Kersting, Silke*



Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 177 vom 14.09.2021 Seite 004
Ressort:	Thema des Tages
Börsensegment:	org org org
Dokumentnummer:	4917AF10-B38C-4D15-8733-218790B107A2

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_4917AF10-B38C-4D15-8733-218790B107A2%7CHBPM_4917AF10-B38C-4D15-8733-2

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH